

Kampf dem Entlassloch

Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg über Resozialisierung und innere Sicherheit

Zur Sicherheit im Land gehört eine starke Polizei, keine Frage. Genauso gehört dazu, Tätern nach der Haft zu helfen, nicht wieder straffällig zu werden. Dies hat sich der Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg zur Aufgabe gemacht. In Gmünd hielt er am Montag Mitgliederversammlung. Zur Sprache kamen erfolgreiche Projekte, aber auch Ängste.

[Julia Trinkle](#)



[Was, wenn Inhaftierte die Gefängnistore hinter sich lassen können? Der Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg will ihnen Perspektiven aufzeigen.](#)



[Der Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg hielt am Montag seine Mitgliederversammlung im Prediger. Zum öffentlichen Teil kamen viele Vertreter aus Politik, Justiz und Sozialarbeit. \(Fotos: Tom\)](#)



Schwäbisch Gmünd. Was wartet nach der Haft vor dem Gefängnistor? Oftmals keine Bleibe, kein Job, Schulden, Suchtprobleme, zerbrochene Familien – ein „Entlassloch“ nennt dies Peter Schuon, Vorsitzender des erweiterten Vorstands des Vereins Sozialberatung Schwäbisch Gmünd, der mit weiteren 21 Vereinen dem Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg angehört. Dieses Loch könne zur Folge haben, dass ein Entlassener sich entschließt, „dann geh ich eben wieder klauen“, nennt er ein Beispiel. Not kenne kein Gebot.

Der Verein Sozialberatung will dort ansetzen und Menschen hinter Gittern eine Perspektive aufzeigen. „Niemand soll sagen können, nach dem Gefängnis hat keiner nach mir geschaut“, fordert Schuon. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es viele Einzelgespräche und daher viel Personal. Die Zuschüsse sind nie kostendeckend, sagt Dieter Strobel, Vorsitzender des operativen Vorstands des Vereins Sozialberatung, der zehn Festangestellte und ein paar geringfügig Beschäftigte angestellt hat. Zusätzlich ist er auf Ehrenamtliche angewiesen. Neben der so genannten „aufsuchenden Arbeit“ in Vollzugsanstalten bereitet der Verein

Menschen auf Therapien vor und hilft etwa beim Projekt „InSA“, Straffällige in Arbeit zu integrieren. Zudem betreibt er die Beratungsstelle „LiMit“ sowie betreutes Wohnen für Menschen, die straffällig geworden sind. Das teuerste Projekt des Vereins und des Verbandes heißt „Schwitzen statt sitzen“. Wer nicht in der Lage ist, eine Geldstrafe zu zahlen, kann sie absitzen oder aber durch gemeinnützige Arbeit ableisten, erklärt Generalstaatsanwalt Achim Brauneisen als Verbandsvorsitzender. 78 000 Hafttage seien so im vergangenen Jahr in Württemberg vermieden worden. Vereine wie die Gmünder Sozialberatung vermitteln und begleiten die Menschen, die „schwitzen statt sitzen“. Rund zwei Millionen Euro gebe der Verband jedes Jahr dafür aus. Ohne Geld vom Land undenkbar. Daher fordert der Vorsitzende von der künftigen Landesregierung, dieses Projekt zu unterstützen und die Resozialisierung von Straftätern nicht aus den Augen zu verlieren – trotz der Anforderungen durch die Flüchtlingssituation.

Ein weiteres Projekt, für das der Verband auf Geld vom Land setzt, ist das Eltern-Kind-Projekt. Die Finanzierung durch die „Baden-Württemberg Stiftung“ laufe Ende des Jahres aus. Viele Kinder, deren Mama oder Papa inhaftiert wurden, brauchen jedoch Hilfe, weiß Professor Dr. Ute Ziegenhain von der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Uniklinik Ulm. In ihrem Vortrag „Inhaftierte Eltern – und die Kinder?“ zeigte sie auf, wie entlastend Gespräche und weitere Hilfestellungen für betroffene Kinder sein können. Studien belegten, dass sie ein erhöhtes Risiko aufweisen, selbst straffällig zu werden, weiß Brauneisen. So verfolge das Projekt zwei Ziele: den Kindern zu helfen und Straftaten vorzubeugen, warb er für dessen Unterstützung.

Neben Zuschüssen vom Land und Spenden helfen dem Verband und den Mitgliedsvereinen Geldbußen, die Gerichte ihnen zuweisen. Diese seien jedoch in den vergangenen Jahren gesunken, sagt Brauneisen. Er bat daher die vielen Repräsentanten der Justiz, Geldbußen „justiznah“ zuzuweisen.

Angesichts der Koalitionsverhandlungen hat der Verbandsvorsitzende ein weiteres Anliegen: Die grün-rote Landesregierung hat beschlossen, die 2007 privatisierte Bewährungs- und Gerichtshilfe in einer Anstalt des öffentlichen Rechts „rückzuerstaaten“. „Wir brauchen in der Bewährungshilfe Klarheit und Kontinuität, nicht erneute Verunsicherung“, fordert er von der neuen Regierung, den Beschluss nicht zu kippen.

Inhaftierte Frauen, Vollzugsmitarbeiter und Gmünds Polizeichef Helmut Argauer traten bei der Veranstaltung als Band Jail-Mail der Justizvollzugsanstalt Gotteszell auf. Ein Beispiel dafür, dass Gmünd besondere Wege gehe, um Menschen am Rand der Gesellschaft zu integrieren, sagte Bürgermeister Dr. Joachim Bläse.

Ehrenamtlich ins Gefängnis

Der Gmünder Verein Sozialberatung sucht ehrenamtliche Helfer. Informationen und Kontaktdaten gibt es im Internet auf www.sozialberatung-gmuend.de.

Einen Einführungskurs für Ehrenamtliche im Strafvollzug bietet der Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe Württemberg am 9. und 10. Juli in Gültstein an. Mehr dazu steht auf www.ehrenamt-jva.de.

© Gmünder Tagespost 11.04.2016